

Reaktionen westlicher Besucher der Leipziger Herbstmesse

8. September 1989

Information Nr. 411/89 über bekannt gewordene Reaktionen westlicher Messeteilnehmer und -gäste im Zusammenhang mit dem Rundgang von Repräsentanten der Partei und Staatsführung der DDR anlässlich der Leipziger Herbstmesse 1989

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 3797, Bl. 1-9 (11. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Stoph, Mittag, Kleiber, Sölle, Beil, Schalck-Golodkowski – MfS: Mittag, Leiter HA XVIII, Carlsohn, ZAIG/1, Ablage.

Nach dem MfS vorliegenden Hinweisen fand der Rundgang der Repräsentanten der Partei- und Staatsführung anlässlich der Eröffnung der Leipziger Herbstmesse 1989 bei einer Reihe anwesender Vertreter kapitalistischer Wirtschafts- und Handelskreise eine positive Wertung.¹ Er habe wie stets Einfluss auf das politische Klima sowie die gegenseitigen vorteilhaften und nutzbringenden wirtschaftlichen Beziehungen.

Der traditionelle Messerundgang drücke die hohe Wertschätzung und Bedeutung aus, die die Regierung der DDR der Leipziger Messe als Weg und Möglichkeit der Belebung von Wirtschaftsbeziehungen zwischen sozialökonomisch gegensätzlichen Systemen beimesse. Namhafte ausländische Wirtschafts- und Regierungsvertreter sowie Messeteilnehmer hoben wiederum die bei den Standbesuchen gezeigte ausgewogene Balance zwischen politischen Äußerungen, ökonomischen Interessenlagen und verbindlichen Repräsentationspflichten hervor.

In Meinungsäußerungen, insbesondere von langjährigen Messebesuchern und interessierten Gästen, kam vielfach zum Ausdruck, dass man sich die Teilnahme des Genossen *Honecker*² gewünscht hätte. Durchweg gab es aber Verständnis für seine Nichtteilnahme, verbunden mit Wünschen einer baldigen Genesung.³

Von nicht in den Messerundgang einbezogenen kapitalistischen Wirtschaftsvertretern wird häufig die Ansicht vertreten, dass die Wirtschaftsbeziehungen durch den Rundgang nicht nennenswert stimuliert werden, da mit diesem vorrangig politische Ziele verfolgt würden. Sie akzeptieren die Schaffung einer sachlichen und konstruktiven Atmosphäre, sehen jedoch dabei konkrete ökonomische und finanzielle Interessenlagen und vermeiden die Offenlegung politischer Standpunkte.

Bezugnehmend auf die gegenwärtige komplizierte politische Lage im Zusammenhang mit den Vorkommnissen unter Beteiligung von DDR-Bürgern in der Ungarischen VR und in BRD-Missionen in anderen sozialistischen Ländern⁴ heben NSW-Vertreter mit Nachdruck hervor, dass sie sich auf der Leipziger Messe ausschließlich in geschäftlichem Interesse aufhalten.

Der Direktor für strategische Planung der Salzgitter AG, BRD, *Kunz*,⁵ äußerte in diesem Zusammenhang, dass die BRD-Industriellen die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zur DDR trotz der in Massenmedien der BRD betriebenen Kampagne in bewährtem Maße fortsetzen werden.

In internen Meinungsäußerungen, u. a. der Verbandsvorsitzenden der *Hoesch AG*, *Rohwedder*,⁶ der *Krupp Lonrho GmbH*, *Geldmacher*,⁷ des Vorstandsmitgliedes der *Bayer AG*, *Fritsch*,⁸ der Salzgitter AG, *Stähler*,⁹ sowie des Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages der BRD, *Stihl*,¹⁰ wurden gleiche Positionen deutlich.

Die Leitung des *Oetker*-Konzerns wies ihre Messevertreter an, im Interesse der kommerziellen Aufgaben und der guten Beziehungen zum DDR-Außenhandel Kontakte zu eine oppositionelle Haltung offenbarenden DDR-Bürgern bzw. zu Antragstellern auf ständige Ausreise¹¹ zu vermeiden, diesem Personenkreis den Zutritt zu den Verhandlungsräumen zu verwehren.

Der Besuch der Partei- und Staatsführung der DDR am Stand der *Hoechst AG*, BRD, wurde durch Vertreter dieser Firma als große Wertschätzung ihres Unternehmens angesehen.

Das Vorstandsmitglied *Thomsen*¹² untermauerte in internen Gesprächen das starke Interesse am Ausbau der Handelsbeziehungen sowie das konstruktive Eingehen auf Wünsche und Forderungen der DDR-Chemie. Möglichkeiten einer Zusammenarbeit/Kooperation sehe er auf den Gebieten Umweltschutz, Anlagenbau, Pharmazie. Erforderlich sei jedoch zukünftig die Verstärkung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, da ohne engere Kooperationsbeziehungen perspektivisch keine weiteren Umsatzsteigerungen erzielt werden könnten.

Die Abstimmungen *Thomsens* vor dem Standbesuch mit Verantwortlichen der DDR-Chemie während des Besuches der Partei- und Regierungsdelegation und in der anschließenden Pressekonferenz werden von Gesprächsteilnehmern als sehr emotional, engagiert, konstruktiv und optimistisch bewertet.

Versuche von Vertretern westlicher Massenmedien, die DDR-Rundgangsdelegation auf dem *Hoechst*-Stand in demonstrativer Weise mit politischen Äußerungen zu provozieren, wiesen die leitenden Mitarbeiter der *Hoechst* AG entschieden zurück.

U. a. machte in diesem Zusammenhang das Vorstandsmitglied *Thomsen* deutlich: »Vertreter der Wirtschaft lassen sich nicht irritieren und werden den Weg der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und guten Beziehungen konsequent weiter beschreiten.«

Die Bemerkungen des Leiters der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR, *Bertele*,¹³ zu den »Botschaftsbesetzern und Flüchtlingen« wurden allgemein als deplatziert und störend bezeichnet.¹⁴

In internen Gesprächen auf dem Messestand der *Hoechst* AG wurden die klaren Positionen, die *Thomsen* im Gespräch mit den DDR-Repräsentanten zu den politischen Spannungen zwischen der BRD und der DDR bezog, gewürdigt.

Seitens der Konzern-Leitung gebe es den eindeutigen Standpunkt, diese Spannungen nicht negativ auf die Wirtschaftsbeziehungen auswirken zu lassen. Die *Hoechst* AG betrachte es als Aufgabe der Wirtschaft, stabilisierend auf das Verhältnis BRD – DDR zu wirken.

Nach Meinung von Vertretern des Messestandes der *Friedrich Krupp GmbH* müsse der Ausbau der wirtschaftlichen Kooperation zwischen der BRD und der DDR weitergeführt und dürfe durch politische Spannungen nicht getrübt werden.

Unter Bezugnahme auf die seit Jahren erfolgreiche Zusammenarbeit mit DDR-Unternehmen sehe auch der Vorstandsvorsitzende der *Krupp Lonrho GmbH* weitere günstige Möglichkeiten zur Ausweitung der Geschäftstätigkeit, insbesondere der Kooperationsbeziehungen. Messevertreter der *Mannesmann AG* plädierten ebenfalls für konstruktive Wirtschaftsverhandlungen mit der DDR und lehnten die durch Politiker und Medien der BRD verursachten »Massenflucht-Hysterien« ab.

Vertreter der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Saar begrüßten den konstruktiven Verlauf der Begegnung der DDR-Repräsentanten mit Vertretern der *Hoechst* AG. Die weitere Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen der DDR mit der BRD, insbesondere auch mit dem Saarland, dürfe von »hochgespielten politischen Problemen« nicht negativ beeinflusst werden.

Der Vertreter des USA-Unternehmens *Du Pont* hob den positiven Eindruck bei den Mitarbeitern seines Unternehmens hervor, den der Besuch hinterlassen habe, und drückte gleichzeitig die Erwartung an eine Fortsetzung des Handels mit der DDR aus, insbesondere auf der Basis von »Joint Ventures«.

In internen Äußerungen anwesender Mitarbeiter des *Fiat*-Konzerns kam Unzufriedenheit mit »einer nicht befriedigenden Geschäftslage mit der DDR« zum Ausdruck. Trotz nur geringer Geschäftserwartungen seien aus der Sicht dieses Konzerns einige Probleme schwer verständlich. So werde die DDR-Industrie zunehmend von BRD-Unternehmen »umarmt« und was nicht mit der BRD gemacht werde, gehe dann in einer für *Fiat* unverständlichen »französischen Hochzeit« unter. Diese Entwicklung sei insofern bedauerlich, da die politischen Beziehungen zwischen der DDR und Italien nicht durch gravierende Probleme belastet sind.

Französische Messevertreter äußerten ihre Befriedigung über die Wertschätzung, die beim Messerundgang der positiven Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und der DDR beigemessen wurde. Die Tatsache, dass Frankreich mit erweiterter Ausstellungsfläche zur Herbstmesse präsent ist, verdeutliche das gewachsene Interesse Frankreichs am Ausbau der kommerziellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit der DDR.

Einige Firmenvertreter äußerten, aufgrund des guten bis sehr guten Standes der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen DDR-Frankreich trage die Messe für sie in diesem Jahr mehr routinemäßigen Charakter. Bei Verständnis für das Fehlen des Staatsratsvorsitzenden wegen seiner Erkrankung wurde zum Teil Erstaunen über die relativ kleine Gruppe von Vertretern der Partei- und Staatsführung beim Eröffnungsrundgang geäußert. Einige Vertreter sahen darin eine wertmäßige Herabsetzung der Messe, zumal viele Projekte bereits vorher vereinbart und in Leipzig nur formal unterzeichnet werden.

Zu den Ergebnissen des Messerundganges und zu den Gesprächen des belgischen Vizepremierministers *Willy Claes*¹⁵ mit führenden DDR-Repräsentanten *G. Mittag*,¹⁶ *G. Beil*¹⁷ und *G. Wyschofsky*¹⁸ erklärte der Stellvertreter des Kabinettsvorsitzenden von *W. Claes*, *Lode Willems*:¹⁹ »Diese Gespräche mit führenden DDR-Repräsentanten bestätigten die Richtigkeit des belgischen Kurses, über den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen eine stabile Basis für gute Gesamtbeziehungen zu schaffen. Wir wollen ein gutes politisches Klima mit der DDR und eine enge Zusammenarbeit. Dabei lassen wir uns auch nicht durch aggressive und scharfmacherische Forderungen aus dem anderen Deutschland abbringen.«

Nach Einschätzung belgischer Wirtschaftsexperten sei die Regierung *Martens*²⁰ daran interessiert, mit der DDR problemfreie und substantiell ausgewogene Beziehungen auf allen Gebieten zu entwickeln. Die Zielstellung des Besuches von Vizepremierminister *Claes* habe u. a. darin bestanden, Konzeptionen zur Weiterentwicklung der Entspannung und des politischen Dialogs sowie der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zu sondieren.

Bei Vizepremierminister *Claes* hätten die geführten Gespräche zu seiner Bereitschaft geführt, sich persönlich für eine schnelle Bearbeitung des Mandatsantrages für die Verhandlung des Handelsabkommens EWG – DDR einzusetzen.²¹ Es gebe keinen Grund, die DDR gegenüber anderen sozialistischen Ländern zurückzustellen.

Der Botschafter des Königreiches der Niederlande, *Jacobs*,²² schätzte die Entwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen als gegenseitig vorteilhaft und perspektivisch ausbaufähig ein, insbesondere hinsichtlich der Erhöhung der niederländischen Exporte in die DDR. Für die niederländische Wirtschaft wachse die Bedeutung der osteuropäischen Märkte, darunter der DDR-Markt.

Der Präsident der Niederländischen Handelskammer für die DDR, *de Blicq*,²³ hob die positiven Hinweise des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, *W. Stoph*,²⁴ hervor, dass die DDR die Handelsnation Niederlande zu schätzen wisse. Man habe auch den Einwurf von Außenhandelsminister *Beil* richtig verstanden und stimme mit ihm darin überein, dass beide Seiten mehr exportieren wollen und auch neue Kooperationsfelder erschließen sollten. Es zeige sich, dass sich die niederländischen Firmen gut auf die Bedürfnisse der DDR einstellten und offenbar die DDR ihre starke Abhängigkeit vom Handel mit der BRD verringern wolle.

Der Präsident des Unternehmerverbandes *Confederation of British Industry (CBI)*, *Holdsworth*,²⁵ brachte seine Genugtuung über die Würdigung der beim Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen erreichten Fortschritte durch den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, *Willi Stoph*, am britischen Informationsstand zum Ausdruck.

In Übereinstimmung mit der britischen Regierung sei der Unternehmerverband darum bemüht, die Geschäftsbeziehungen mit der DDR-Industrie weiter auszubauen und dem Niveau des wirtschaftlichen Entwicklungsstandes beider Länder noch besser anzupassen.

Durch CBI werde die Intensivierung der Direktbeziehungen zur DDR, insbesondere zur Kammer für Außenhandel – ähnlich dem Beispiel der Beziehungen mit der ungarischen Handelskammer – und zu den Kombinatn angestrebt.

Die Besuche von *Holdsworth* und dem Parlamentssekretär des Landwirtschaftsministeriums, *Baroness Trumpington*,²⁶ verfolgten das Ziel, vorrangig die Kontakte fortzusetzen und auszubauen sowie Interessengebiete für die langfristige Zusammenarbeit, u. a. Fragen der Investitionspolitik, des Umweltschutzes und der Managerausbildung, anzusprechen, um aus den Reaktionen der DDR entsprechende Geschäftsmöglichkeiten abzuleiten.

Vertreter des britischen Handels- und Industrieministeriums bekundeten darüber hinaus die Absicht, auch künftig Regierungsdelegationen zu den Leipziger Messen zu entsenden.

Ihr Bedauern sprachen Vertreter Griechenlands darüber aus, dass ihr Land beim Messerundgang nicht berücksichtigt wurde. Dessen ungeachtet sähen sie angesichts der Verbesserung der bilateralen politischen Beziehungen im Ergebnis der Besuche auf hoher Ebene reale Möglichkeiten für den Ausbau der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR. Diese Erwartungen seien außerdem begründet durch die gegenseitige Ergänzung der Wirtschaften beider Länder mit Vorteilen Griechenlands bei der Produktion von Nahrungsmitteln, Getränken und anderen Erzeugnissen der Leichtindustrie bzw. der DDR auf Gebieten der Hochtechnologie und des Maschinenbaus.

Die Taktik Griechenlands ziele auf die Erhöhung des Exportes in die DDR. Hierfür seien u. a. eine Verstärkung des Drucks zur Wahrung des Gleichgewichtes im bilateralen Handelsumsatz, die ständige Beobachtung der Erfüllung der Verpflichtungen der DDR hinsichtlich der Lieferungen für Ausrüstungen der Staatlichen Elektrizitätsorganisation (DEI) und der Organisation für Telekommunikation Griechenlands (OTE), die stärkere Unterstützung der griechischen Exporteure, erforderlich.

Jugoslawische Messevertreter brachten ihre Genugtuung darüber zum Ausdruck, dass von der DDR das große Interesse an einer guten Entwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen unterstrichen wurde.

An die Leipziger Herbstmesse 1989 gehe man jugoslawischerseits insgesamt optimistisch heran, jedoch in dem Bewusstsein, dass sich aufgrund der derzeit krisenbedingt begrenzten Aufnahmefähigkeit des SFRJ-Marktes nur bescheidene Möglichkeiten für neue Geschäfte mit der DDR eröffnen dürften. Das Hauptinteresse der SFRJ sei darauf gerichtet, auf einen Ausbau der Zusammenarbeit, insbesondere mit der Chemieindustrie der DDR, hinzuwirken. Reserven gebe es auch auf dem Gebiet der Drittlandgeschäfte, bei Vereinbarungen über Bauleistungen sowie in der elektronischen Industrie.

Einflussreiche Vertreter jugoslawischer Wirtschaftsinstitutionen sowie leitende Mitarbeiter von Außenhandelsunternehmen des Landes vertreten die Auffassung, dass der Außenhandel mit der DDR für die SFRJ auch weiterhin eine wichtige und verlässliche Größe darstelle.

1

Am traditionellen Rundgang der Partei- und Staatsführung anlässlich der Eröffnung der Leipziger Herbstmesse am 3.9.1989 nahmen zahlreiche Mitglieder des SED-Politbüros und des Ministerrates teil, u. a. *Willi Stoph*, *Horst Sindermann*, *Joachim Herrmann*, *Werner Jarowinsky*, *Günther Kleiber*, *Werner Krolkowski*, *Günter Mittag*, *Günter Schabowski*, *Harry Tisch* und *Gerhard Schürer*. Vgl. 6 000 Aussteller aus aller Welt auf dem Handelsplatz Leipzig. In: ND v. 4.9.1989, S. 1.

2

Erich Honecker, Jg. 1912, SED-Funktionär, 1958–89 Mitglied des Politbüros, seit 1971 Erster Sekretär, seit 1976 Generalsekretär der SED, 1971–89 Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates, 1976–89 Vorsitzender des Staatsrates, am 18.10.1989 Rücktritt von allen Ämtern, am 3.12.1989 Ausschluss aus der SED.

3

Der Generalsekretär der SED Erich Honecker erkrankte im Sommer 1989 während eines Gipfeltreffens des Warschauer Paktes an einer Gallenkolik und musste nach Ostberlin ausgeflogen werden. Nach einer OP im August zog er sich bis September 1989 zur Genesung weitgehend aus der Öffentlichkeit zurück. Die Ausübung seiner politischen Funktionen übertrug er für diesen Zeitraum dem SED-Wirtschaftssekretär Günter Mittag.

4

Gemeint sind hier die Massenfluchten und Botschaftsbesetzungen im Sommer 1989. Nachdem die ungarische Regierung im Mai 1989 mit dem Abbau der technischen Grenzsperrungen zum Nachbarland Österreich begonnen hatte, reisten seit Sommer immer mehr DDR-Bürger über Ungarn in die Bundesrepublik aus. Während eines »paneuropäischen Picknicks« am 19. August, mit dem ungarische Oppositionsgruppen für einen Abbau von Grenzen und ein geeintes Europa demonstrieren wollten, flohen etwa 800 DDR-Bürger über die kurzzeitig geöffnete Grenze nach Österreich. Drei Tage später kam es in der gleichen Region zu einem Grenzdurchbruch von weiteren 240 Personen. Die SED propagierte in den Massenmedien, dass die Fluchten der DDR-Bürger von der Bundesrepublik organisiert und von den westdeutschen Medien hochgespielt worden seien. Siehe exemplarisch dazu: Provokation gegen die DDR stabsmäßig organisiert. In: ND v. 12.9.1989, S. 2; Der Medienrummel und die Realitäten. In: ND v. 13.9.1989, S. 2; Menschenhandel. In: ND v. 19.9.1989, S. 3.

5

Gerhard Kunz, Jg. 1942, Manager und CDU-Politiker, 1971–77 Mitglied des Deutschen Bundestages, 1981–85 Senator für Finanzen in Berlin, seit 1986 Leiter der Abteilung für strategische Planung der Salzgitter AG.

6

Detlev Rohwedder, Jg. 1932, Manager, 1979–90 Chef des Stahlkonzerns Hoesch, wurde durch eine erfolgreiche Sanierung des Unternehmens bekannt, 1990/91 Präsident der Treuhandanstalt zur Sicherung, Neuordnung und Privatisierung des Vermögens der staatlichen Betriebe der DDR. Rohwedder wurde am 1.4.1991 durch die RAF ermordet.

7

Henner Geldmacher, Jg. 1932, Kaufmann, seit 1958 im Krupp-Konzern tätig, seit 1975 Mitglied im Vorstand der Friedrich Krupp AG, seit 1981 Vorstandsvorsitzender der Krupp Handel GmbH.

8

Karl Herbert Fritsch, Manager, 1974–78 Direktor der Bayer AG, 1978–81 Geschäftsführung der Bayer-Beteiligungsgesellschaft Erdölchemie in Köln-Worringen, 1981–89 Leitung des Geschäftsbereich Kunststoffe der Bayer AG.

9

Kurt Stähler, Jg. 1927, Maschinenbauingenieur und Manager, seit 1954 im Salzgitter-Konzern tätig, 1964–68 Betriebsdirektor des Flachstahlbereiches, 1968–70 Direktor der Walzwerke, 1970–84 Werksdirektor der aus der Ilseder Hütte hervorgegangenen Stahlwerke Peine-Salzgitter AG (Tochter der Salzgitter AG), 1984–91 Vorstandsvorsitzender der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG, 1991–94 Vorstandsvorsitzender der Preussag Stahl AG.

10

Hans Peter Stihl, Jg. 1932, Unternehmer und Verbandsfunktionär, 1983–99 Vizepräsident des Instituts der deutschen Wirtschaft, 1988–2001 Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, 1980–88 Vorsitzender des Verbandes der Metallindustrie Baden-Württemberg e.V.

11

Ein Antrag auf ständige Ausreise war ein Auswanderungersuchen. Trotz Verpflichtung auf die Anerkennung der Grundfreiheiten im Rahmen der KSZE und der UNO-Mitgliedschaft hatte die DDR bis 1988 keine rechtliche Grundlage für eine ständige Ausreise geschaffen. Anträge galten daher mit Ausnahme von »Familienzusammenführungen« oder aus anderen »humanitären Gründen« als »rechtswidrige Ersuchen«. Dennoch nahm die Zahl der Antragsteller stetig zu, im Sommer 1989 waren es über 160 000. Die Regierung ging teilweise mit repressiven Maßnahmen gegen die Antragsteller vor. Als Folge begannen sich in den 1980er Jahren Antragsteller unter dem Dach der Kirche zu organisieren. Mit öffentlichen Protesten und Besetzungen von Kirchen und Botschaften versuchten sie, eine beschleunigte Bearbeitung ihrer Anträge zu erreichen.

12

Im Original durchgehend: »Thomson«. Uwe Jens Thomsen, Jg. 1932, Kaufmann, seit 1956 als Kaufmann bei Hoechst tätig, 1958–72 Leiter der Hoechst-Geschäfte in Ecuador, Mexiko und Peru, anschließend Übernahme der Verkaufsleitung im Stammwerk, 1978–84 Leiter des Verkaufs Kunststoffe, anschließend zuständig für den Geschäftsbereich Tenside und Hilfsmittel und ab 1986 für die Region Südamerika, seit 1983 ordentliches Vorstandsmitglied der Hoechst AG.

13

Franz Bertele, Jg. 1931, Diplomat, 1980–88 Leiter der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt, vom 2.2.1989 bis 3.10.1990 letzter Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der DDR.

14

Während des traditionellen Eröffnungsrundgangs auf der Leipziger Herbstmesse äußerte sich Franz Bertele in Gegenwart des Ministerratsvorsitzenden Willi Stoph erstmals öffentlich zum Problem der Ausreisewilligen und Flüchtlinge aus der DDR. Er wies darauf hin, dass sich DDR-Bürger zu Hunderten in die bundesdeutschen Vertretungen in Ostberlin und anderen sozialistischen Ländern geflüchtet hatten, da ihnen keine Möglichkeit für eine geregelte Ausreise zur Verfügung stand. Er ermahnte die DDR-Regierung, das Fluchtproblem selbstständig zu lösen, bot aber gleichzeitig Unterstützung der BRD an. Die Äußerungen sind abgedruckt in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.): Texte zur Deutschlandpolitik, Reihe III. Bd. 7, Bonn 1990, S. 227.

15

Willy Claes, Jg. 1938, belgischer Politiker (Flämische Sozialistische Partei), 1973/74, 1977–82 und 1988–92 Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident in Belgien.

16

Günter Mittag, Jg. 1926, SED-Funktionär, 1966–89 Mitglied des Politbüros der SED, 1976–89 Sekretär des ZK der SED für Wirtschaft, 1976–89 Leiter der Wirtschaftskommission beim Politbüro des ZK der SED.

17

Gerhard Beil, Jg. 1926, SED-Funktionär, 1969–76 Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel, ab 1976 Staatssekretär und 1. Stellvertretender Minister für Außenhandel, 1981–89 Mitglied des ZK der SED, 1986–90 Minister für Außenhandel.

18

Günther Wyschofsky, Jg. 1929, SED-Funktionär, 1964–89 Mitglied des ZK der SED, 1966–89 Minister für chemische Industrie.

19

Lode Willems, Jg. 1948, belgischer Diplomat, 1981–85 Stellvertretender Generalsekretär der Benelux Economic Union, 1985–88 politischer Berater der Botschaft Belgiens in der Demokratischen Republik Kongo, 1988–91 Berater des belgischen Wirtschaftsministers Willy Claes, 1991–92 Stellvertretender Ständiger Repräsentant Belgiens in der Europäischen Kommission.

20

Wilfried Martens, Jg. 1936, belgischer Politiker (Christlich-Demokratische Partei Flanderns), 1974–91 Abgeordneter des belgischen Parlaments, 1979–92 Premierminister von Belgien.

21

Seit Sommer 1988 nahmen osteuropäische Länder diplomatische Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft (EG) auf. Im Anschluss setzten zahlreiche Verhandlungen über Handels- und Kooperationsabkommen für Joint Ventures, gemeinsame Managementprogramme und die Zusammenarbeit in der Agrar- und Umweltpolitik ein. Die Handelsgespräche mit der DDR begannen allerdings leicht verzögert erst im Januar 1990. Hintergrund waren die deutsch-deutschen Sonderbeziehungen in Handelsfragen. Auf der Grundlage des Protokolls über den innerdeutschen Handel von 1957 durfte die DDR ihre Waren zoll- und abgabenfrei in die Bundesrepublik exportieren. Mit einem Umsatzsteuererlass von 11 % und dem System der Verrechnungseinheiten wurden diese Ausfuhren von der Bundesregierung sogar gezielt gefördert. Ein Weiterverkauf dieser Güter innerhalb des Binnenmarktes der EG war dagegen verboten. Da westliche Staaten bei einer Liberalisierung des Warenverkehrs mit Osteuropa eine deutliche Zunahme illegaler Re-Exporte von DDR-Gütern aus der Bundesrepublik befürchteten, fanden die Verhandlungen mit der DDR-Seite keinen schnellen Abschluss.

22

Egbert Frederik Jacobs, Jg. 1945, niederländischer Diplomat, 1986–89 Generalsekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (Ministerie van Buitenlandse Zaken), Februar 1989 bis November 1990 Botschafter der Niederlande in der DDR, 1992–93 Botschafter in Helsinki und Tallinn.

23

Jan de Blicke, weitere Angaben zur Person konnten nicht ermittelt werden.

24

Willi Stoph, Jg. 1914, SED-Funktionär, 1973–76 Vorsitzender des Staatsrats, 1976–89 Vorsitzender des Ministerrates, Rücktritt am 7.11.1989, am 8.12.1989 Festnahme wegen Verdacht auf Amtsmissbrauch und Korruption.

25

Trevor Holdsworth, Jg. 1927, britischer Manager, 1980–88 Vorstandsmitglied des Metallunternehmens Guest Keen & Nettlefolds (GKN), 1983–96 Vorstandsvorsitzender des Chemieunternehmens Allied Colloids, 1988–90 Präsident des Unternehmensverbandes Confederation of British Industry.

Jean Alys Barker, Baroness Trumpington, Jg. 1922, britische Politikerin (Conservative Party), seit 1980 Mitglied des britischen Oberhauses, 1983–85 Sprecherin des Innenministeriums (Home Office) im Oberhaus und parlamentarische Geschäftsführerin (Whip) der Regierungsparteien, 1985–87 Parlamentarische Unterstaatssekretärin im Ministerium für Gesundheit und Soziales und 1987–89 im Ministerium für Landwirtschaft, Fischerei und Ernährung, 1989–92 Staatsministerin.